

Ein Riss in der Männerwelt

Das Berner Inselspital hat der Ärztin Natalie Urwyler zu

Unrecht gekündigt. Warum das Urteil wegweisend ist VON SARAH JÄGGI

rückbringen. Es ging ihm um die Forstwirtschaft. Sie sei nicht nachhaltig.

Und wenn Landschaft nicht das Verschwindende meint, dann das Ferne. Das heisst in der Schweiz die Alpen!

Es waren die Aufklärer aus England, Frankreich und Deutschland, die hierzulande das Interesse an den Bergen weckten. Für die Einheimischen bedeuteten Fels und Eis und Schnee und Kälte vor allen Dingen eins: eine verdammte Plackerei! Doch der Blick der Fremden war stärker. So stark, dass wir Schweizer seit über 200 Jahren wie Touristen auf das eigene Land schauen. Und dieser Touristen-Blick verfolgt uns bis heute. Er ist ein Fluch!

Er verhindert bis heute, dass wir unseren Alltagsraum, das Mittelland, als Landschaft wahrnehmen. Von Lucius Burkhart, dem Spaziergangswissenschaftler, ist ein schöner Satz überliefert: «In der Umwelt eine Landschaft zu erblicken ist eine schöpferische Tat unseres Gehirns.» Diese Fähigkeit hat die moderne Schweiz nie bekommen.

Bis heute sind wir in diesen Entweder-oder gefangen. Entweder wir nutzen, brauchen, zerstören eine Landschaft, die wir dann gar nicht Landschaft nennen. Oder wir schützen und bewahren sie. Auf Teufel komm raus.

Was bedeutet das?

Es droht eine Art «Ghettoisierung»: Auf der einen Seite die vernachlässigten Zonen unter 1500 Meter über Meer, dort darf man alles verbieten. Oberhalb dieser magischen Grenze – und in den historischen Innenstädten – muss man alles unter eine Käseglocke stellen.

Nun lebt die Schweiz mit ihrer landschaftlichen Schwäche jahrzehntlang relativ gut. Auch weil sie mit einer Topografie gesegnet ist, die sehr viel verzichtet: «Das Hüggeli stößt das Hässliche ab. Es wird nur im Flachen produziert und gelagert.» So beschreibt es der Schriftsteller Urs Widmer in einem Essay über eine Reise durchs Schweizer Mittelland.

Was sah Widmer, als er durchs Mittelland fuhr, was sah Sie, meine Damen und Herren, als Sie heute Morgen hier auf die Luzerner Allmend reisten?

Ein zusammengewürfeltes Nebeneinander von Groß und Klein, von Alt und Neu, von Ästhetischem und Nützlichem. Zersiedelt und zerstört: eine Gärtnerei im Wohnquartier. Eine Hofhausbaustelle mit Blick auf Bauernhöfe. Ein Stützgerüst-Wohnblock neben Stützgerüsten. Eine Autogarage neben dem mittelalterlichen Kloster. Und an jedem noch so flachen Hügel eine Terrassensiedlung. Aussicht ist alles.

Im Mittelland, in den Agglomerationen gilt: Freiheit vor Design, Individualität vor Formenstreng.

Das mögen Sie bedenken und sich fragen: Wo bleibt das Schöne? Aber die Agglomeration, das Mittelland, diese Alltagslandschaft ist die Schweiz. Sie verkörpert die Werte, die dieses Land stark machen: Individualismus, Eigenverantwortung und Federalismus.

Und wenn man sich mit den Bewohnern dieser Dörfer, die längst die Einwohnerzahl von Kleinstädten aufweisen, wenn man sich mit ihnen unterhält, stellt man fest: Das Glück des Wohnens hängt nicht von der Ästhetik ab, sondern von der Nutzung.

Dazu gehört auch das Grün.

Also der eigene Balkon, die eigene Terrasse, der eigene Garten. Der Rosenblatz und die Thujhecke. Die Urban-Gardening-Tomaten und der Brombeerbush. Das Grün ist die persönliche Oase. Und wenn dies nicht ausreicht, der spaziert hinaus in die Wälder und Wiesen auf den nahen Hügel.

Nun ist die Schweiz aber auf dem Weg zum 10-Millionen-Staat. Nun ballt sich das Hässliche, von dem Urs Widmer schrieb, im Flachen immer dichter. Und das kleine Land, in dem erst noch ein Großteil der Fläche unbewohnbar ist, es merkt schmerzhaft: Der Boden ist eine endliche Ressource.

Wieso soll uns das kümmern?

Nicht nur weil, wie Marc Chardonnet, Direktor des Bundesamts für Umwelt, in seiner Eröffnungsrede ausführte, eine Landschaft viel über die Bewohner aussagt, die in ihr leben. Und wer mag schon hässlich, zersiedelt und zerstört sein?

Nicht nur weil es ihr beruflicher Ehrgeiz als Planerin, Wissenschaftler, Chefbauamtin und Landschaftslobbyist sein muss, eine Zehn-Millionen-Schweiz zu schaffen, in der es sich gut leben lässt.

Sondern weil auch der Umkehrschluss der Aussage von Herrn Chardonnet gilt. Will heißen: Das landschaftliche Sein bestimmt das politische Bewusstsein.

Als die Schweiz 2014 über die Masseneinwanderungsinitiative der SVP abstimmte, wurde der Dichtestress vom biologischen Fachausdruck zum politischen Kampfbegriff. Qualitative Untersuchungen zeigten, dass, neben einer generellen Aversion gegenüber dem Fremden, ein Gefühl der gebauten Enge, des Verlusts des Vertrauens, viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die eigentlich nichts mit der SVP und ihren Anliegen am Hut haben, ins Ja-Lager trieb.

Und: Entschieden wurde die Abstimmung in den Agglomerationen. Also dort, wo in den Jahren zuvor die Bevölkerung überdurchschnittlich stark wuchs und der Bauboom die Gemeinden und die Landschaft radikal veränderten.

Spätestens seit dem Februar 2014 ist klar: Die Landschaft ist ein politischer Faktor. Ein gewichtiger noch dazu.

Meine Damen und Herren, wir stehen in der Schweiz vor radikalen Veränderungen. Gerade was unsere Landschaft betrifft.

Die Schweiz wird längerfristig ein Zuwanderungsland bleiben.

Das Land wird sich weiter urbanisieren. Der demografische Wandel wird nach und nach auch im Raum sichtbar werden.

Der demografische Wandel wird nicht nur die Postkartsensätze in den Alpen bis zur Unkenntlichkeit entstellen, sondern auch das Mittelland wird in fünfzig, hundert Jahren völlig anders aussehen. Die Fichte wird verschwinden. Vielleicht sollte ein zeitgenössischer Dichter schon mal ein Gedicht für sie schreiben.

Es gibt zwei Möglichkeiten, um auf solche Entwicklungen zu reagieren:

Schützen, retten, unter Käseglocken stellen. Oder den Wandel gestalten.

Wer blockiert, der hält Entwicklungen zwar zweischneidig auf. Wenn sie später trotzdem durchschlagen, tun sie das allerdings mit einer potenzierten Kraft, die sich kaum mehr bändigen lässt.

Konrad Steffen, Direktor der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft, lobte in seinem Referat die enge Zusammenarbeit der Wissenschaft und der Praxis. Mit: Vorträgen, Tagungen, Merkblätter, Forschungen, Monitoring, Ausbildung der Landschaftsfachleute – das reicht nicht.

Die Schweizer Landschaft ist eine Kulturlandschaft. Und Kultur, das meint, etwas wurde geschaffen. Von Menschen. Dazu braucht es erst Ideen, die man schließlich umsetzen muss.

In einer Demokratie gibt es dazu zwei Wege: 1. das Geld, 2. die Politik.

Ersteres haben Sie, meine Damen und Herren, nicht. Also bleibt Ihnen nur Variante 2: Werden Sie zu politischen Akteuren!

Aber nicht nur dann, wenn wieder mal eine Initiative zur Abstimmung kommt, welche die Zersiedelung stoppen will. Und die, wie im Fall des Volksbegehrens der Jungen Grünen, den Fehler macht, auf eine totale Blockade zu setzen.

Nicht nur dann, wenn im Parlament in Bern über eine Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes entschieden wird. Was ihre Jahreszeit: Lobbyarbeit gehört hinein.

Und nicht nur dann, wenn irgendwo eine Staumauer erhöht werden soll – und damit, wie am Grimsel, ein Stück Arvenwald abtaufen würde. Oder wenn es darum geht, eine Hochebene wie die Gröna zu retten.

Wenn Sie tatsächlich mitbestimmen wollen, wie die Schweiz und ihre Landschaft von morgen aussieht, müssen sie bei den großen politischen Hebeln ansetzen. Zum Beispiel bei der Agrarpolitik. Was nützt Ihr Engagement für den Kulturlandverlust, wenn weiterhin Steuermilliarden in eine hypermechanisierte, umweltzerstörerische Industrielandwirtschaft gebettet wird?

Zum Beispiel bei der Steuerpolitik. Was nützen alle Ihre Ideen, mit denen Arbeit und Wohnen näher zusammenrücken sollen, mit denen also der Landschaftsverbrauch gebremst werden könnte, wenn die Kosten für das Pendeln weiterhin von den Steuern abgezogen werden können?

Oder bei der Geldpolitik. Wie beeinflussen Negativzinsen die Entwicklung des räumlichen Landes? Alle Anleger wollen ihr Geld in Beton investieren, baldigen sich um Großprojekte. Wäre das nicht eine Gelegenheit, um Infrastruktur-Pflichte einzuschlagen – und damit die Landschaft zu gestalten?

Aber welche Berufungen sitzen in den Parlamenten? In den Regierungen? Egal ob in den Gemeinden, Kantonen oder auf Bundesebene. Unabhängige Juristen. Fast ebenso viele Bauern. Ein paar Ökonomen. Ein paar Phil-ter. Und immer mal wieder ein Journalist. Aber Umweltwissenschaftler? Biologen? Landschaftsarchitekten? Ingenieure?

Klar, Sie alle könnten mir nun ein Projekt vorstellen, ein Programm nennen und beweisen, dass auch Sie und Ihre Teams die Schweiz von morgen gestalten, sich also politisch engagieren. In der Schweiz gilt auch für die Landschaft und den Umgang mit ihr: Wir sind Weltmeister im Mikromanagement, wahnsinnig gut darin, irgendwo irgendeine Detailfrage zu lösen. Aber wie so oft fehlt der Blick fürs Ganze.

Das heißt aber nicht, verstehen Sie mich nicht falsch, dass wir nun eine eigenständige Landschaftspolitik bräuchten, möglichst noch top-down implementiert.

Nein! Es braucht verschiedene Lösungen für verschiedene Orte. Ein Wettbewerb der Ideen. So vielfältig wie das Land selber.

Dazu braucht es nicht nur Technik und Pläne, sondern vor allem Vorstellungen (Plural) davon, wie die Schweiz von morgen aussehen soll. Und diese vielen Ideen müssen raus: heraus aus einem Kongress wie diesem, unter die Leute – und rein in den politischen Betrieb.

Der vorliegende Text ist die überarbeitete Fassung der Rede, die unser Autor Ende August am 1. Schweizer Landschaftskongress in Luzern gehalten hat

Jahrhundert hat der Fall der Narkoseärztin, die mit dem Gleichstellungsgesetz gegen das Berner Inselspital prozessiert hat, die Schweiz bewegt. Nun ist der Fall rechtskräftig. Natalie Urwyler gewinnt. Das Berner Inselspital akzeptiert das Urteil des Berner Obergerichts. Dieses kam zum Schluss, dass die Ärztin im Juni 2014 zu Unrecht entlassen worden war. Dass die Kündigung also aufgehoben ist und der Lohn nachträglich bezahlt werden muss. Darüber hinaus hat Urwyler das Recht, an ihren alten Arbeitsort zurückzukehren. Ob sie das tun wird, ist noch offen.

Was bedeutet der Fall für die Gleichstellung von Mann und Frau in der Schweiz?

«Das Urteil ist ein Meilenstein», sagt die Genfer Arbeitsrechtswissenschaftlerin Karine Lempen. Sie beforscht das Gleichstellungsgesetz seit seiner Entstehung. Einzigartig sei der Fall Urwyler, weil er erst der zweite in der Schweiz sei, bei dem die Gerichte eine sogenannte Racheekündigung festgestellt haben. Eine Kündigung also, die ausgesprochen wurde, weil sich die Klägerin gegen Diskriminierung gewehrt hat. «Beim Fall Urwyler ging es nicht in erster Linie darum, ob die Ärztin persönlich diskriminiert wurde, sondern vielmehr darum, dass das Inselspital sie zu Unrecht entlassen hat, weil sie innerbetrieblich gegen Diskriminierung gekämpft hat, sich beispielsweise für besseren Mutterschutz eingesetzt hat», sagt Lempen.

Wie schwierig es ist, eine Racheekündigung, also Artikel 10 des Gleichstellungsgesetzes (GIG) nachzuweisen, zeigt ein Forschungsbericht zur Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes. Darin analysiert Lempen zusammen mit Anner Voloder 190 kantonale Gerichtsentscheidungen aus den Jahren 2004 bis 2015. Bloß in zwölf Fällen fanden dabei Racheekündigungen zur Debatte, in einem einzigen Fall wurde das Vorhandensein einer solchen bejaht.

Nun gibt es also einen zweiten Fall. Für Lempen ist es ein Präzedenzfall, selbst wenn das höchste Schweizer Gericht nicht darüber befinden hat. «Die Urteile sind sehr detailliert und so argumentiert mit Hinweisen aus der Lehre, dass sich Anwälte und Gerichte in Zukunft da-

rauf beziehen werden. Der Fall wird zum Maßstab», sagt Lempen.

Auch für Kurt Pardi, Professor für Soziales Privatrecht an der Uni Basel, ist klar: Man wird sich am Fall orientieren. Zumindest so lange, bis ein künftiger Konflikt bis vors Bundesgericht gelang ist. Darüber hinaus habe der Fall Urwyler, weil er so ausgiebig in der Öffentlichkeit diskutiert worden sei, das Zeug, «sich in den Köpfen der Menschen einzunisten». Er werde jüngeren Ärztinnen und Ärzten Mut machen, sich für neue Führungsmodelle, familienverträgliche Arbeitszeiten und

Und auf einmal wurde öffentlich über die Frage diskutiert, warum an den hiesigen Universitäten zwar mehr Frauen als Männer das Studiencareer Humanmedizin wählen, ihr Anteil aber mit jeder Hierarchiestufe schwindet; sodass es von den 55 Prozent Studentinnen gerade mal zwölf Prozent bis zum Chefarztposten schaffen. Für Natalie Urwyler ist klar, warum das so ist. «Es gibt keinen Ärztemangel. Es gibt nur diskriminierte Frauen», sagte sie in einem Porträt (ZEIT Nr. 15/18).

Ob Urwyler, die inzwischen am Spital Wallis arbeitet, je wieder dorthin zurückkehrt, wo ihre Karriere ein jähes Ende fand, ist offen. Zustehen würde es ihr.

Das Recht auf Wiederanstellung ist eine Besonderheit des Gleichstellungsgesetzes und kollidiert mit der liberalen Kündigungskultur in der Schweiz. Wird eine Entlassung in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis als missbräuchlich taxiert, erhalten Betroffene im besten Fall sechs Monate Lohnfortzahlung. Anders verhält es sich bei Anstellungen nach öffentlichem Recht. Kantons- oder Bundesanstalten haben die Möglichkeit, auf Wiederanstellung zu pochen. Allerdings verzichten sie häufig darauf und lassen sich finanziell entschädigen.

Das Berner Inselspital kann sich eine weitere Zusammenarbeit mit der siegreichen Ärztin nicht vorstellen – und stellte sie von der Arbeitspflicht umgehend wieder frei, wie die Berner Zeitung berichtete. Urwyler stelle unübliche Forderungen an ihre Wiederbeschäftigung, hiess es. Das stimme nicht, gab diese via Anwalt zu Protokoll.

Der Streit nach dem Streit wird die Parteien weiter beschäftigen. Für Karine Lempen ist das Recht auf Wiederanstellung trotzdem keine Fehlkonstruktion im Gleichstellungsgesetz. «Auch wenn der Zwang zur Wiederanstellung im Einzelfall schwierig, vielleicht sogar unrealistisch erscheinen mag, so ist es doch fundamental, dass die Frauen, welche sich gegen Diskriminierung wehren, das Recht haben, ihre Weiterbeschäftigung zu verlangen.»

Fürs Erste muss sich Natalie Urwyler damit zufrieden geben, Geschichte geschrieben zu haben.



Der Prozess hat Natalie Urwyler zur Feministin gemacht

für Gleichberechtigung bis in die Chefetagen einzusetzen. Das Urteil sei aber auch ein Signal an alle Chefs in den hierarchischen und männlich geprägten Berufswelten, überholte Vorstellungen zu überwinden. «Etwa jene, dass eine noch so talentierte Medizinerin aus Prinzip nicht befördert wird, weil sie eines Tages Mutter werden könnte. Die alte Männerwelt bekommt Risse», sagt Pardi.

Am Inselspital haben Urwyler Interventionen einige Spuren hinterlassen. Die Arbeitszeit von schwangeren Frauen wurde auf die gesetzlichen 45 Stunden reduziert, und es wurde eine Anlaufstelle für Mitarbeiterinnen eingerichtet, die ein Kind erwarten.

ANZEIGE



Die letzte Staffel der Reality-Show

MENSCH

Da, sie haben es schon wieder gesagt: Der Wetterbericht, der heute Wettershow heißt, den Anforderungen der Gesellschaft nach Fun und Action Rechnung tragend, hat wieder einmal einen Bericht mit dem Halbsatz «...seit Beginn der Wetteraufzeichnungen» beendet. Stumpf sieht man den heißesten Mai, den nassesten März. Man sieht Hurrikans, Wirbelstürme, Überschwemmungen und Menschen in Alaska, die Hitzeschocks bekommen. Aber man muss doch nicht immer nur das Negative sehen. Selbst dann nicht, wenn man seinen Keller jedes Jahr abpumpen lässt, der kleine Bach vor dem Haus ein Fluss geworden ist, im Nachbarort der Berg herunterrutscht, Schlammlawinen Häuser begraben. Denn uns geht es noch gut. Das Leben ist immer noch zu angenehm. Man muss es genießen. Man kann eh nichts machen. Seit 25

Jahren warnen, forschen und beweisen WissenschaftlerInnen. Und es passiert – nichts. Aber, was können wir tun, fragt die besorgte Bürgerin. Und nimmt ihre demokratischen Grundrechte wahr, solange es sie noch gibt. Die Mehrheit der westlichen Bevölkerung wählt Parteien, die ihnen versprechen, dass alles so weitergeht wie bisher: mit dem Menschenrecht auf ein Steak und zwei Autos. Das gute Bürgerrecht, zu konsumieren und artfremdes Leben fernzuhalten, setzt sich durch. Wird schon nicht so schlimm. Der Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber sieht in dem Phänomen des mit voller Wucht gegen die Wand Fahrens «kognitive Dissonanz». «Wenn ich ein riesiges Problem habe, bei dem ich nicht weiß, wie ich es in den Griff bekomme, verdränge ich es. Oder ich intensiviere mein Fehlverhalten. In der Geschichte haben Systeme in dem Moment, in dem sie in die Krise geraten, oft genau

den fatalen Fehler verstärkt, durch den sie erst in den Schlamassel geraten sind. Also muss jetzt die Weltwirtschaft weiter wachsen, auch wenn genau das sie zerstören wird.» Wie wird es sein, wenn die Erde endlich unsere Party beendet? Wird es aussehen wie in einem Film von Roland Emmerich? Eine große Welle, die diverse Festschirme begräbt? Werden Menschen auf der Straße stehen, sich halten und beten? Oder werden sich die Nachrichten häufen, die von Flutwellen, Erdstößen, Dürren, Hochwasser, versinkenden Inseln und Hagel berichten? Der unbegrenzte Kapitalismus ist vielleicht nur ein anderer Begriff für vorprogrammierte Todessehnsucht. Aber es hat auch etwas Schönes. Die Vorhersage der Menschen begann mit der zufälligen Entdeckung des Feuers. Das Feuer wird den kleinen Irrtum auch wieder beenden. Ich gebe weiter zu Netflix.



Sibylle Berg ist Schweizerin, lebt in Zürich und ist eine der meistgelesenen deutschsprachigen Autorinnen. Ihr Werk umfasst 21 Theaterstücke, 14 Romane und wurde in 34 Sprachen übersetzt. Sie schreibt Essays und Gespräche mit Wissenschaftlern. Darüberhinaus ist sie Gründungsmitglied der p=p Genossenschaft, die die Privatsphäre in der digitalen Welt schützt.

Die Klimakrise bringt unseren Planeten ans Limit. Die Erde verdort, Meere versauern und viele Tier- und Pflanzenarten drohen für immer auszusterben. Der WWF schafft mit der 11-teiligen Serie „Stimmen zur Klimakrise“ von Juni bis Dezember 2018 einen Raum für Künstlerinnen und Künstler zu diesem überlebenswichtigen Thema. Das ist Beitrag 4 von 11. Der nächste erscheint in der ZEIT-Ausgabe vom 4. Oktober 2018. Mehr dazu auf www.deStimmen-zur-Klimakrise #Klimastimmen

STIMMEN
ZUR KLIMAKRISE

